

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Ergänzung des Auftrags des 1. Untersuchungsausschusses

Der Bundestag wolle beschließen:

Der durch Beschluß des Deutschen Bundestages vom 19. Mai 1983 eingesetzte Untersuchungsausschuß soll auch klären, ob Parteien, Mitglieder des Deutschen Bundestages oder andere Personen es unternommen haben, auf

- Mitglieder der Bundesregierung,
- Parlamentarische Staatssekretäre, leitende Beamte oder sonstige Mitarbeiter der gesetzlich hierzu berufenen Stellen

mit dem Ziel Einfluß zu nehmen, daß dem Flick-Konzern von ihm beantragte Bescheinigungen (§ 6 b EStG, § 4 AIG) nicht erteilt werden.

Bonn, den 24. Oktober 1983

Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion
Mischnick und Fraktion

Begründung

Die vom Untersuchungsausschuß beigezogenen Akten des Bundesministeriums der Finanzen und des Bundesministeriums für Wirtschaft enthalten Hinweise, die den Verdacht aufkommen lassen, es habe Versuche gegeben, eine Gesetz und Recht entsprechende Bearbeitung und Entscheidung der Anträge des Flick-Konzerns zu verhindern.

